

13.12.2009, *Sawt Al-Ahrar* (algerische Zeitung)

## **Algerien fordert Aufhebung der Beschränkungen bei der Visavergabe und Garantie für Bewegungsfreiheit in Richtung Europa**

*Inlandsnachrichten*

**Algerien hat am gestrigen Samstag durch seinen Innenminister Noureddine Yazid Zerhouni bekräftigen lassen, die Maßnahmen der europäischen Länder im Rahmen der 5+5-Gruppe zur Erleichterung der Visavergabe „sind weiterhin nicht ausreichend“, gemessen an den Verpflichtungen, auf welche die Partner sich geeinigt hätten. Bei diesen ging es um den freien Personenverkehr zwischen beiden Mittelmeerufern durch Schaffung eines gemeinsamen Wohlstandsraumes. Algerien rief dazu auf, vielmehr Mechanismen zu schaffen, welche sicherstellten, „dass die Würde der illegalen Einwanderer respektiert und den Bürgern des südlichen Mittelmeeres Bewegungsfreiheit ohne Hindernisse erlaubt wird.“**

*von A. Tahir*

Zerhouni bestätigte, dass es innerhalb der 5+5-Gruppe einen scharfen Streit über den Umgang mit den Themen Migration, Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften und illegale Einwanderer gebe. Der Minister sagte, diese Streitpunkte seien während des letzten Treffens der Innenminister der 5+5-Gruppe in Venedig klar zutage getreten. Algerien hätte gegenüber seinen Partnern vom anderen Mittelmeeresufer zahlreiche Vorbehalte geäußert. Die fünf nördlichen Staaten der 5+5-Gruppe sind Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Malta.

Der Innenminister und auch lokale Gruppen räumen zwar ein, dass es eine Vereinbarung mit den Partnern in der 5+5-Gruppe gebe zur Notwendigkeit, die illegale Migration zu bekämpfen und daneben die Visavergabe für algerische und maghrebische Staatsbürger gegenüber der Handhabung in der Vergangenheit zu erleichtern. Dennoch dementierte Zerhouni nicht, dass es von europäischer Seite viele Hindernisse gebe. Diese stünden einer Verwirklichung der Ziele, die die 5+5-Gruppe formuliert hätte, entgegen. Die Ziele bestünden im wesentlichen darin, das zu schaffen, was Zerhouni als „gemeinsamen Wohlstandsraum in der Region“ auf der Grundlage wirtschaftlicher Zusammenarbeit bezeichnete.

Zerhouni hatte sich gestern im dritten Kanal des Nationalen Rundfunks geäußert. Nach seinen Worten gilt Algeriens Hauptsorge in erster Linie der Revision der Regelungen zum Personenverkehr. Dabei handelt es sich um drei Punkte, welche Zerhouni als zentral bezeichnete und die sich unter die Forderung nach mehr Erleichterungen subsumieren lassen, ans andere Mittelmeeresufer gelangen zu können. Es geht, erstens, um die Gewährung von Visa, zweitens um die nicht-selektive Auswahl von Arbeitskräften. Drittens soll auch die Problematik, wie mit den klandestinen Einwanderern umzugehen sei, nicht vernachlässigt werden. Zu diesem Thema sagte Zerhouni: „Algerien ist stets bereit, sich seiner Staatsbürger anzunehmen, die sich illegal in Europa aufhalten“. Zerhouni machte es zur Bedingung, dass man bei der Abschiebung mit diesen Personen in einer Weise umgehe, die garantiere, dass ihre Menschenwürde respektiert werde.

Die Worte des Innenministers wurden dahingehend verstanden, dass Algerien seine Position klar geäußert habe. Algerien wolle zu einer solchen Bewegungsfreiheit kommen, welcher sich auch die Staatsbürger der europäischen 5+5-Länder erfreuten – im Einklang mit den im Rahmen der 5+5-Gruppe von beiden Seiten eingegangenen Verpflichtungen. Dies hinderte den Minister jedoch nicht

daran, darauf hinzuweisen, dass man sich innerhalb der Gruppe bezüglich einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der angestiegenen Aktivitäten des organisierten Verbrechens einige.

Zerhouni meldete sich noch zu einem weiteren Thema zu Wort. Der Minister sagte, er sei über die Maßnahmen europäischer Staaten, welche antiislamische Kampagnen nährten, befremdet. Die jüngste Abstimmung in der Schweiz, kraft der der Bau von Minaretten auf Moscheen verboten wird, und die zur Zeit in Frankreich stattfindende Debatte über die nationale Identität bezeichnete er als „gefährliche und inakzeptable Abkehr“ vom Standpunkt, dass solche Haltungen dazu geeignet sind, Rechtfertigungen für Extremisten zu liefern, erneut auf den Plan zu treten. Außerdem könnten sie die Aktivitäten extremistischer Gruppierungen fördern, was auf direkte Weise auch eine Förderung des Terrorismus bedeute.

Zerhouni ging im Folgenden noch detaillierter auf dieses Thema ein: „Wenn wir uns von Kommentaren leiten lassen, welche die Islamfeindlichkeit fördern, so liefern wir damit Rechtfertigungen für diejenigen, die den Islam benutzen, um ihre Gewalttaten zu entschuldigen. Dabei sind sie weit davon entfernt, diese tolerante Religion zu repräsentieren, die der Frau eine verbesserte Stellung, sogar noch vor der Frau in den westlichen Gesellschaften, ermöglichte“. Der Minister führte weiter aus, die Existenz von etwa zehn Millionen Moslems in Frankreich könne nicht ignoriert werden. Denn „diese Vielfalt gestattet ein Mehr an Öffnung gegenüber den anderen Gesellschaften, insbesondere den islamischen“. Zerhouni unterstrich, der in einigen europäischen Ländern angewachsene Hass auf den Islam sei das Ergebnis mehrerer Fehlentwicklungen, besonders der Betonung, die eine Kultur sei besser als die anderen.

Nach Meinung des Ministers habe jede Gesellschaft das Recht, ihre Identität und ihre Religion zu verteidigen, jedoch nicht auf Kosten der übrigen Religionen. Denn „Äußerungen, dass der Islam mit Demokratie oder der Verbesserung der Stellung der Frau unvereinbar sei, sind doch eine Verleumdung, die das Denken derjenigen nährt, denen es ums Aufhetzen geht“, so der algerische Politiker. Zerhouni betonte bei der Gelegenheit erneuert, „die Bekämpfung des Terrors lässt sich nicht auf sicherheitspolitische Analysen reduzieren. In einem gewissen Maße beinhaltet sie auch, sich um den ideologischen Kern dieses Phänomens zu kümmern“. Nach ihrer bitteren Erfahrung mit dem Terror, habe die algerische Gesellschaft mittlerweile ein größeres Bewusstsein, extremistischem Gedankengut entgegenzutreten. Zerhouni verurteilte sämtliche Äußerungen, die den Islam attackierten, insbesondere die, die aus Europa kämen. Der Politiker meinte, dies werde Algerien jedoch nicht davon abbringen, den Terroristen entschlossen entgegenzutreten.

*Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*